

Enttäuschung bei den Tagespflegepersonen

Gestern fand ein weiteres Gespräch zwischen Vertreterinnen der Tagespflege und der Staatssekretärin für Familie, **Sigrid Klebba** (SPD) statt. Die Reaktionen nach dem Gespräch klingen so: „Wirklich herausgekommen ist eigentlich nichts. Es ist echt schwer, Gehör zu finden im Senat, sie schmettern vieles ab. Frau Klebba hat uns nahegelegt, zukünftig ohne die Presse zu kommen. Wichtig ist aber, dass der Runde Tisch weitergeführt wird und wir auf alle Fälle dranbleiben müssen.“ Die Abendschau und RBB 24 Spätausgabe haben ausführlich berichtet, offenbar nicht zur Freude der Staatssekretärin. Begleitet wurde das Gespräch durch erneute Demonstrationen vor dem Dienstsitz der Senatsverwaltung.



Besprochen wurde u.a.: „Erhöhung um den Mindestlohn, was das genau bedeutet ist noch offen, plus mittelbare pädagogische Arbeit zum 01.01.2020. Steuerzahlungen bleiben, einzig die möglichen wohlwollenden Stundungen vom Finanzamt – hierzu soll es noch ein Schreiben von der Finanzverwaltung geben. Ab 2020 wird es eine Entkoppelung der hälftigen Pauschalbeträge aus dem Entgelt geben – wie das aussieht ist noch in Planung und wird in der Umsetzung noch dauern. Erhöhung der Betriebskostenausgabepauschale ist Bundesebene, hier möglicherweise Unterstützung, wenn wir uns an die jeweiligen Ämter wenden. Thema Abschaffung der Anrechnung der Mietzahlungen auf unsere Einkünfte, wurde eigentlich komplett abgeschmettert, mit dem Verweis, dass wir die Wahl haben unsere Belege zu sammeln oder die Ausgabenpauschale einzureichen. Thema dringende Anerkennung als Bildungsstätte (bringt steuerliche Gerechtigkeit) eine ähnliche Reaktion, Verweisung auf irgendwelche Paragraphen.“

Eine Pressemitteilung über das Gespräch seitens der Senatsverwaltung liegt leider nicht vor.



Der Senatsverwaltung gelingt es offenbar nicht, den Tagespflegepersonen klare und vor allem verständliche Auskünfte zu erteilen. Zu viel bleibt im Vagen und Ungewissen. Den Satz aus einem Schreiben der Staatssekretärin: „Die Kindertagespflege ist ein wichtiger Bestandteil der Angebotsstruktur in der Kindertagesbetreuung und

stellt insofern ein Eckpfeiler zur Erfüllung des Rechtsanspruches dar. Das Land Berlin hat großes Interesse, die Kindertagespflege zu stärken, auszubauen und zu fördern.“, können sich die Tagespflegepersonen über die Eingangstür hängen, damit sie jeden Tag daran erinnert werden, wie wichtig ihre Arbeit ist. Warten wir also ab, ob die Versprechungen tatsächlich greifen. Am Jahresende wird abgerechnet, mal sehen, was abzüglich der Steuernachzahlungen, an deren Entstehen die Senatsverwaltung nicht ganz unschuldig ist, übrigbleibt.



Es gibt aber andere Probleme, die die Tagespflegepersonen belasten. Aus Pankow erreichte uns eine Nachricht bezüglich der Betreuungsverträge, die zwischen den Jugendumtern und den Tagespflegern abgeschlossen werden. Wir fassen nachfolgend die Problemschilderung zusammen:

„Bisher wurde der Vertrag bis zum Schuleintritt des jeweiligen Kindes datiert, so wie es rechtlich vorgesehen ist und auch in allen anderen Betreuungs-

einrichtungen gehandhabt wird. Jetzt werden die Verträge befristet, datiert auf das Auslaufen der aktuellen Pflegeerlaubnis der jeweiligen Tagesmutter. Dies bedeutet, dass wir derzeit Verträge bekommen, die zwischen wenigen Wochen und Monaten befristet sind, im günstigsten Fall für ein bis eineinhalb Jahre gelten.

Diese neue Vorgehensweise wurde mit uns weder vorab besprochen noch aktuell kommuniziert. Auf Anfragen und Widersprüche wurde bisher nicht reagiert. Auch die Familien, die wir betreuen wollen, werden nicht aufgeklärt. Aktuell erleben wir es so, dass Familien, die bereits der Betreuung zugesagt haben, wieder zurücktreten, da ihnen die Situation der Befristung zu unsicher ist. Eltern, die es doch bis zum Vertragsabschluss wagen, stornieren diesen wieder. Die Eltern bekommen keinerlei Aufklärung, diesen ‚Schwarzen Peter‘ schiebt man uns Tagesmüttern zu.“



Eltern, die von Tagespflegepersonen zum Amt geschickt wurden, mussten eine Blankunterschrift leisten, mit der Begründung, man sei stark unterbesetzt und habe derzeit keine Zeit für ein Gespräch und der Vertrag gehe dann per Post zu. Das dies schlichtweg die Unwahrheit war, zeigte, dass der Vertrag eine halbe Stunde nach dem Termin im Amt bei der Tagespflege elektronisch einging.

„Das Prozedere der Befristung schürt bei allen beteiligten Parteien akute Unsicherheit und Existenzängste.“ Eine Tagespflegeperson berichtet, dass sie in den letzten Wochen schon fünf Familien verloren hat, weil die Befristung von einem knappen halben Jahr zu unsicher war. Viel schlimmer noch ist, dass die Tagespflege dadurch die freien Plätze nicht besetzen kann, obwohl genügend interessierte Familien anfragen. Die Tagespflegepersonen machen sich inzwischen Sorgen um ihre Zukunft.



„Wir haben keine Ahnung auf welcher rechtlichen Grundlage diese Änderung basiert. Weder in anderen Bezirken Berlins noch in anderen Betreuungseinrichtungen wird so agiert.“, berichten die Tagespflegepersonen aus Pankow. Sie kritisieren, dass „das Recht der Eltern auf eine unbefristete Betreuung bis zum Schuleintritt ihres Kindes missachtet wird, das Recht auf Gleichbehandlung der Tagesmütter untereinander und insbesondere gegenüber anderen Betreuungsformen missachtet wird, dies ein massiver Verstoß gegen den Datenschutz ist; die Eltern müssen nur wissen, dass wir geprüfte und zertifizierte Tagesmütter sind, nicht wie lange die Pflegeerlaubnis noch läuft.“



Es stellt sich in diesem Zusammenhang die schon lange angesprochene Frage, warum die Pflegeerlaubnis überhaupt befristet sein muss. Kein anderer Pädagoge muss sich alle fünf Jahre neu erklären!“

Es scheint über die bislang bekannten Probleme, die die Tagespflegestellen haben, noch viele weitere in den Bezirken zu geben. Ist Pankow ein Einzelfall oder gibt es in anderen Bezirken ähnliche Verfahrensweisen. Die Senatsverwaltung ist aufgerufen, sich um den von ihr gelobten „Eckpfeiler zur Erfüllung des Rechtsanspruchs“ intensiv zu kümmern. Fotos: privat